Zeitschrift: Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge

Herausgeber: Bioforum Schweiz

Band: 72 (2017)

Heft: 3

Artikel: Was tut die Schweizer Vertretung in Brüssel für die Landwirtschaft?

Autor: Patzel, Nikola

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-891029

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Was tut die Schweizer Vertretung in Brüssel für die Landwirtschaft?

Zu Besuch bei Thomas Maier, Landwirtschaftsattaché in der Schweizer ‹Mission› bei der EU

Nikola Patzel. In Brüssel unterhält die Schweiz eine der grössten und wichtigsten Dienststellen ihres Aussennetzes. Zentral in der Stadt am Place du Luxembourg Nr. 1, in Rufweite zum EU-Parlament gelegen, arbeiten rund **60 Leute unter einem Dach** für die Schweizer Mission bei der EU, für die Schweizer Botschaft in Belgien und für «Tourismus Schweiz». Mehr als die Hälfte der Mitarbeitenden der Schweizer Mission sind Diplomaten, davon die meisten von verschiedenen Bundesämtern für den Dienst in Brüssel entsandt. So sind alle Departemente des Bundeshauses in Brüssel vertreten.

Schweizer Botschaft (‹Mission›) und EU-Gebäude, von aussen gesehen.

Fotos: © Mission der Schweiz bei der EU

Patriotismus und enge Beziehungen

Nach der Begrüssung der Besucher aus der Schweiz, Österreich und Süddeutschland erzählte Maier, beim Eintritt ins Dienstgebäude meist erstmal der Schweizerfahne zu begegnen: **«Das Schweizerkreuz, das auf der Fahne über dem Eingang zur Mission weht, erinnert mich oft an die Vision Kaiser Konstantins.** Bevor er in der Schlacht im Bürgerkrieg bei der Milvischen Brücke zog (Jahr 312 n. Chr.), hatte er einen Traum, in dem ihm ein leuchtendes Kreuz mit der Inschrift ‹In diesem Zeichen wirst du siegen› erschien!»

Allerdings ist die Schweiz hier nicht im Krieg. Die wichtigste Aufgabe der Mission sei es, «die engen und vielfältigen Beziehungen, die langjährige Partnerschaft» zwischen der Schweiz und der EU auf allen Ebenen zu pflegen und auszubauen. Mithilfe eines breiten Kontaktnetzes in der Kommission, im Rat und im Parlament der EU werden Schweizer Interessen gemäss den Vorgaben des Bunderates vertreten.

Verträge und noch mehr Verträge

Mehr als 20 bilaterale Hauptverträge sowie über 100 Zusatzverträge hat die Schweiz mit der Europäischen Union abgeschlossenen. Die Vernetzung ist sehr dicht. **Im Jahr 1999 kam mit den bilateralen Verträgen I «ein klassisches Marktöffnungsabkommen»,** wie Maier sagt. Es ging damals besonders um die Beseitigung sogenannter «technischer Handelshemmnisse» in den Bereichen der Landwirtschaft, des öffentlichen Beschaffungswesens, im Land- und Luftverkehr; sowie um Forschung und Personenfreizügigkeit.

Im Jahr 2004 kamen mit den Bilateralen II weitere Verschränkungen dazu: Hierzu gehören u. a. die Abkommen Schengen/Dublin (genereller Verzicht auf Grenzkontrollen), die Abkommen zu Zinsbesteuerung und Betrugsbekämpfung, zum Umweltschutz, zur Vereinheitlichung von Statistik usw. – und auch über Produkte der Nahrungsmittelindustrie (Schokolade, Nudeln, Getränke ...), deren Subventionen und Zölle.

Die Abkommen der «Bilateralen Verträge» wurden als Gesamtpakete vereinbart. Für die «Bilateralen I» gilt dabei die sogenannte ‹Guillotine-Klausel›: Wird eines dieser Abkommen nicht verlängert oder gekündigt, werden auch alle übrigen ausser Kraft gesetzt.

Diese Gefahr habe nach der Annahme der **Masseinwanderungsinitiative** bestanden: **«Das war einen harter Brocken,** der die Beziehung Schweiz-EU belastete. Die EU hatte kurz nach der Abstimmung beinahe sämtliche Dossiers auf Eis gelegt, auch das wichtige Forschungsabkommen. Wäre diese Initiative 1:1 umgesetzt worden, hätte das die Bilateralen I womöglich gesprengt.»

Landwirtschaftspolitik als Handelspolitik

«Diese Vereinbarungen ermöglichen es der schweizerischen Nahrungsmittelindustrie, einen breiten Produktebereich zollfrei in den EU-Markt zu exportieren. Konkret verpflichteten sich die Vertragsparteien Schweiz und EU, im Rahmen eines vereinfachten Preisausgleichsmechanismus, ihre Zölle auf Schweizer Produkte vollständig abzubauen und auf Subventionen für Exporte in die Schweiz zu verzichten», sagt Maier.

Das Agrarabkommen der Bilateralen I füllt 404 Seiten. In seinen 12 Anhängen wird einerseits «der tarifäre Bereich, also die gegenseitigen Zollzugeständnisse (inkl. Käse)» behandelt, andererseits der «nicht tarifäre Bereich, also der Abbau der technischen Handelshemmnisse».

Dort geht es u. a. um Pflanzenschutzmittel, Futtermittel, Saatgut, Wein und Schnaps und Erzeugnisse aus ökologischem Landbau; es geht um die Standardisierung tierärztlicher und tierzüchterischer ‹Massnahmen› sowie um den Schutz von Ursprungsbezeichnungen und geografischen Angaben für Lebensmittel (AOP = *appellation d'origine protégée* oder IGP = *indication géographique protégée*).

Der Umfang des Handels

Der EU-Binnenmarkt ist für die Schweizer Aussenwirtschaft der wichtigste: 54 % aller Schweizer Exporte (2016: rund 113 Mrd. Fr.) gehen in den EU-Raum. Umgekehrt stammen 72 % der Schweizer Importe (2016: rund 124 Mrd. Fr.) aus der EU. Die EU ist damit für die Schweiz die mit Abstand wichtigste Handelspartnerin.

Überdurchschnittliche Prozentanteile finden sich bei den Agrarprodukten: **58 % der Schweizer Landwirtschaftsexporte gehen in die EU (ca. 4,9 Mrd. Fr.)** – das ist nicht nur Käse aus Milch von in der Schweiz stehenden Kühen, das sind z. B. auch Nestlés Espressokapseln. **Und 72 % der Schweizer Landwirtschaftsimporte stammen aus der EU (ca. 8,3 Mrd. Fr.).** Was also in der Schweiz an Selbstversorgung fehlt, kommt (vom Soja für die Schweizer Milchproduzentinnen abgesehen) vor allem aus EU-Ländern, deren drittwichtigster Abnehmer ihrer Agrarprodukte nach den USA und China die Schweiz ist. Innerhalb der EU sind für den Agrarimport wie auch für den -export Deutschland, Frankreich, Italien und die Niederlande die wichtigsten Handelspartner.

Wie die Handelsvereinbarungen organisiert werden

Bei so starken Handelsbeziehungen und so vielen Verträgen sei auch schon ohne deren weiteren Ausbau das laufende Geschäft enorm aufwendig, die bestehenden Vereinbarungen im Detail fortzuschreiben und sich bei Meinungsverschiedenheiten auf eine Auslegung zu einigen. Dazu gibt es für alle Themenbereiche ‹technische› Arbeitsgruppen der Vertragsparteien, deren Ergebnisse dann dem «Gemischten Agrarausschuss» vorgelegt werden, der nach jeweiliger interner politischer Konsultation dann einmal jährlich über die Vertragsfortschreibungspakete und Auslegungsvereinbarungen entscheidet.

Grundsätzlich laufe die Zusammenarbeit der Schweiz in agrarpolitischen Fragen mit der EU-Kommission, insbesondere der Generaldirektion für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (DG Agri), ausserordentlich gut: «Während in anderen Dossiers aufgrund der Masseneinwanderungsinitiative eher Verhärtungen bestehen, pflegen wir auf Niveau Experten mit der DG Agri einen ausgezeichneten Kontakt: **Wir haben einen direkten Draht zueinander und finden immer wieder gemeinsame Lösungen.»**

Um die stets laufenden Vertragsfortschreibungen und Konfliktlösungen zu standardisieren und damit zu vereinfachen, werden seit einigen Jahren Verhandlungen über ein **«institutionelles Rahmenabkommen»** geführt. Dies soll grundsätzlich klären, wie die Schweiz ihr Recht an die sich wandelnden Normen der EU anpasst und wie bei Auslegungsstreitigkeiten zu verfahren ist. «Eine harte Nuss, die es für ein solches Rahmenabkommen zu knacken gilt, ist die Rolle des Gerichtshofs in Luxemburg. Ein Entscheid dieses Gremiums – wie von der EU gefordert – wird in breiten Kreisen in der Schweiz als Einmischung in die Souveränität verstanden, man spricht vom ‹fremden Richter›!» Zurzeit werde in diesem Streitpunkt an der Möglichkeit gearbeitet, dass Probleme «in einem gemischten Richtergremium» gelöst werden sollen.

Was als Nächstes ansteht

Die Missionsabteilung «Landwirtschaft, Veterinärwesen, Gesundheit» und die Fachämter in Bern arbeiten bereits voll daran, wie sich die nächsten Schritte der EU auf die ‹Lebensmittelkette› in der Schweiz auswirken könnten und wie sich dies allenfalls vorgängig beeinflussen lässt. Ein grosses internes Thema bei der EU – wie verschiedene Quellen sagen – ist das wahrscheinlich zu verkleinernde Agrarbudget nach vollzogenem Brexit: also **weniger Direktzahlungen.** Höchst aktuell und auch der Grund dieses Treffens war die nächste Runde der sogenannten «Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2020», bei welcher die bäuerlichen und naturschützenden Interessenvertretungen gegenüber der agrarindustriellen sowie der handelspolitischen Grossbewegung in der Regel – aber nicht absolut immer – ins Hintertreffen geraten.

Nachdem das TTIP-Handelsabkommen der EU mit den USA vorerst nicht zustande kommt, haben die EU und andere Handelsriesen ihre **Freihandelsverhandlungen erfolgreich beschleunigt:** Neben dem bereits im internen Beschluss-Streit der EU stehenden Ceta (EU-Kanada) handelt es sich um Jefta (EU-Japan), Mercosur (EU mit Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay) und weitere Möglichkeiten. Hinzu kommen die nach wie vor laufenden Agrarverhandlungen mit der Welthandelsorganisation WTO. Der Schweizer Agrarattaché Thomas Maier ist sich gewiss: «Alle diese Bereiche werden letztlich auch die Schweizer Landwirtschaft betreffen und **zu einer weiteren Marktöffnung drängen.** Von der Schweizer Mission in Brüssel werden diese Entwicklungen verfolgt – hautnah!» ●

Agrarattaché Thomas Maier

Thomas Maier studierte Volkswirtschaft an der Uni Zürich und arbeitete dort und am Agrarinstitut der Uni (HSG) St. Gallen. 1992 ging er ans Bundesamt für Landwirtschaft und wurde persönlicher Referent von sechs Vizedirektoren nacheinander, jeweils zum Themenfeld «Direktzahlungen und Strukturverbesserung». Im Jahr 2015 wurde er vom BLW detachiert und als Agrarattaché an die Schweizer Mission bei der EU gesandt.

Botschaftsrat Maier tritt locker, humorvoll und verbindlich auf und bleibt dabei stets loyal auf seine amtliche Mission bezogen. Fragen vom Typ «Was meinen Sie persönlich dazu?» oder «Warum tun Sie das alles?» umgeht er im öffentlichen Raum konsequent; er hat aber zugleich Freude an manch einer ungefilterten Äusserung anderer.

Unser Treffen in Brüssel fand am 19. Juni 2017 anlässlich einer agrarpolitischen Veranstaltung mit dem «Ökosozialen Forum Niederalteich» statt, wo wir beide seit einigen Jahren Mitglied sind. Meine Notizen aus Brüssel wurden von Th. Maier erweitert und von beiden Seiten nachbearbeitet. (np)